



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/VII/240 - 16.10.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

Regierungsmanöver in Rheinland-Pfalz	S. 1
De Gaulle und Pinay - Bericht aus Paris	S. 3
Kurz-Reportage aus Waldmichelbach	S. 4

## Gefährdetes Wahlgeheimnis

K.H. - Mainz

Wenn auch in den Gemeinden und in den Städten des Landes Rheinland-Pfalz die Diskussion um Kandidaten, Parteilisten und freie Listen für die Kommunalwahlen am 9. November längst in vollem Gange ist, so war doch bisher von einem Wahlkampf im üblichen Sinne des Wortes nicht allzuviel zu spüren - aber das wird sich vermutlich in den letzten 14 Tagen noch ändern. Eine kleine Sensation lieferten jedoch die Regierungsparteien - CDU und FDP - bereits, als sie wenige Wochen vor dem Wahltermin endlich die letzten Änderungen zum Wahlgesetz einbrachten, kurz diskutierten und in der dritten Lesung des Landes-Wahlgesetzes gegen die Stimmen der SPD verabschiedeten.

Der sechste und letzte Abänderungsvorschlag zum Wahlgesetz von FDP und CDU bestimmt nicht mehr und nicht weniger, als daß in allen kleineren Gemeinden, in denen nur ein oder gar kein Wahlvorschlag am Wahltag vorliegt, neben dem amtlich hergestellten Stimmzettel auch nichtamtliche Stimmzettel verwendet werden dürfen. Er bestimmt ferner die Verteilung von amtlichen Stimmzetteln schon am Tage vor der Wahl in den Häusern der Gemeinden.

Der sozialdemokratischen Landtagsfraktion gelang es nicht, die Regierungsparteien von dieser beabsichtigten Regelung abzubringen. Mit Empörung wurde darauf hingewiesen, daß dieses Gesetz nicht nur einen Rückschritt darstelle, sondern dem Wahl-

Schwindel in etwa 1700 kleinen Gemeinden Tür und Tor öffne.

Die Regierungsparteien, denen die Vorwürfe recht peinlich waren, konnten sich nur damit entschuldigen, daß das frühere Wahlgesetz "auch nicht allen idealen Anforderungen gerecht" geworden sei. Bezeichnenderweise enthielt sich aber als einziges Mitglied der Regierungsparteien der Fraktionsjurist der CDU der Stimme.

Die Verfassungswidrigkeit dieses Gesetzes sieht die SPD vor allem in der Tatsache, daß damit praktisch jedes Haus, jedes Krankenhaus und jedes Vereinslokal zum Wahllokal gemacht werden kann, die Geheimhaltung ist gefährdet, der Wahlbeeinflussung ist keine Schranke mehr gesetzt. Es ist nicht übertrieben, wenn Kenner der örtlichen Gegebenheiten in diesen Zwerggemeinden behaupten, daß dort nicht mehr der einzelne Wähler entscheidet, sondern der "Gruppenführer" für seine Gruppe: In der Familie der Vater, im Gesangsverein der Vorsitzende, in vielen Gemeinden die Persönlichkeiten, die das geistige Leben bestimmen - der Pfarrer, der Lehrer, der Unternehmer, der Gutsbesitzer. Allen familiär, wirtschaftlich, gesellschaftlich und geistig Abhängigen ist damit die Wahlfreiheit genommen.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion, die in diesen Bestimmungen eine Gefahr für das Recht des Staatsbürgers und für das Wohl der Gemeinden sieht, hat die Verfassungsklage gegen dieses Gesetz angekündigt. Man erwartet zwar nicht, daß dadurch noch vor der Wahl eine Aufhebung oder Revision erreicht werden kann. Aber man ist von der Verpflichtung ausgegangen, schon den Anfängen einer Knebelung des freien und unbehinderten Wahlrechtes zu wehren und die Grundsätze der Demokratie gerade auch in diesem entscheidenden Punkt mit aller Entschiedenheit zu verteidigen.

+ + +

Die Politik de Gaulles

H.A.-Paris

Der Abgang von 30 Abgeordneten im Sommer hatte die Konfusion innerhalb des Gaullismus keineswegs beseitigt. Ganz im Gegenteil. Um der konservativen Welle, die das Pinay-Experiment ausgelöst hatte, Widerstand zu leisten, zögerte der General nicht, hauptsächlich an Linkskreise zu appellieren. Sollte bisher die "Sammlung" unter dem Banner des Antibolschewismus durchgeführt werden, so versuchte de Gaulle man mehr - unter Berufung auf die Zeit des Widerstandes - gegenüber dem triumphierenden Konservatismus das Gehör der Sozialisten und christlichen Volksrepublikaner zu finden. Diese Bemühungen waren vergeblich. Nachdem die Spaltung die Aktivität des RPF stark reduziert hatte, ist de Gaulle in kurzer Zeit mit zwei Kundgebungen vor die Öffentlichkeit getreten und es ist gewiß kein Zeichen dafür, daß er die Verwirrung in seinen Reihen überwunden hat, wenn wir darin sowohl einen Appell an die linken wie an die rechten Schichten finden.

Das außenpolitische Programm ist in erster Linie für die letzteren bestimmt: Die immer wiederholte Betonung eines uneingeschränkten Nationalismus, einer Kolonialpolitik, die sich selbst vor der UNO nicht beugen dürfe und einer Europa-Politik, die die französische Armee intakt läßt. Diese Themen lassen bereits den Gleichklang mit der in den letzten Tagen von neuem definierten und praktizierten Pinayschen Politik erkennen. Unbelastet von diplomatischen Rücksichten sind de Gaulles Worte dabei nur um einige Nuancen schärfer, als die des Ministerpräsidenten. Dasselbe trifft auch zu hinsichtlich der gaullistischen Forderung einer Revision der Atlantik-Organisation, die zu einer effektiven Autorität werden soll. Das soll Frankreich erlauben, seine Schwierigkeiten mit Amerika vor eine internationale Tribüne zu bringen. In einem Memorandum an die NATO hatte auch die Regierung eine derartige Forderung erhoben. Aber auch in der Frage der EVG gibt es zahlreiche Berührungspunkte zwischen de Gaulle und Pinay. Obwohl der Ministerpräsident hier nicht besonders gesprächig ist, verhält er sich doch so, als ob auch er die vom General verworfene Europaarmee nicht realisieren will. Auf jeden Fall trachtet er danach, Zeit zu gewinnen, was ihm erlaubt, mit de Gaulle ein Stück Weges gemeinsam zu gehen.

Diese weitgehende Gemeinsamkeit der Außenpolitik läßt die Frage nach einer Annäherung zwischen der Regierungsmehrheit und de Gaulle

aufkommen, die dieser selbst nicht übersehen kann, Statt wie bisher die alleinige Führung zu verlangen, zeigte er sich auffallend konzessionsbereit, indem er ganz offen eine eventuelle Unterstützung der Regierung ins Auge faßte. Das bedeutet auch ein Entgegenkommen gegenüber denjenigen, die ihn vor einigen Monaten verließen, weil sie ihm die Formel "alles oder nichts" vorwarfen. Aber wie sehr sich die Außenpolitik de Gaulles und Pinays auch berührt, eine Regierungsbeteiligung des Generals ist nach wie vor nicht zu erwarten. Denn in der Innenpolitik hat er seine "linke", antikapitalistische Kritik an der Regierung eher verstärkt. Hier fordert er die "Überwindung des Proletariats" durch seine Beteiligung am Profit der Unternehmen. Aber was den General von der herrschenden Mehrheit vor allem trennt, das sind seine diktatorialen Gelüste, die, obwohl sie heute sorgfältiger als früher versteckt werden, nach wie vor ein entscheidender Beweggrund seines Handelns sind. Das Besitzbürgertum sitzt allenthalben fest im Sattel und es wird seinen Platz dem General nur im Falle äußerster Gefahr hergeben. Davon ist aber heute keine Rede. Pinay und seine Mehrheit haben im Innern gegen die Kommunisten und nach außen im Verhältnis zu den USA genügend Festigkeit bewiesen, um de Gaulle viel Wind aus den Segeln zu nehmen.

+ + +

#### Im Partisanennest

##### hl - Waldmichelbach

Dieser kleine Ort mit dem freundlich-idyllischen und sehr deutschen Namen, dreiviertel Autostunden von dem größeren Michelstadt entfernt, hat über Nacht traurige Berühmtheit erlangt. Es ist, als ob man in ein Wespennest gestochen hat - aber es ist ein Partisanennest. Die Waldmichelbacher sind sehr erstaunt darüber, daß sie plötzlich im Mittelpunkt eines hochgespannten politischen Interesses stehen. Die meisten Gespräche drehen sich in diesen Tagen um das hübsche kleine Haus am Waldrand. Was hat es eigentlich damit auf sich?

#### Das geheimnisvolle "Haus Wagner"

Ein früherer Kammer Sänger namens Wagner hatte im Jahre 1949 für seine große Kinderschar den Versuch gemacht, sich ein Einfamilienhaus zu bauen. Er geriet bald in Schwierigkeiten und konnte die Handwerkerrechnungen nicht mehr bezahlen. Wie ein rettender Engel erschien im Jahre 1951 ein Amerikaner in Zivil, der die um ihr Geld bangenden Handwerkermeister in die Weinstube "Reh" in Waldmichelbach einlud und

die Rückstände des bisherigen Kammerjägers - immerhin einige tausend Mark - auszahlte. Im Zusammenhang damit wurde bald bekannt, daß ein gewisser Herr P e t e r s als neuer Besitzer des Hauses zu gelten habe. Der Kammerjäger wurde in die Lage versetzt, mit seiner Frau und seinen Kindern nach München zu ziehen. Als Verwalter des Hauses aber trat ein Mann namens K u h n aus Bad-Nauheim in Erscheinung, der zwar hie und da durchblicken ließ, er sei ehemaliger Offizier, von dem man aber weiß, daß er als Kraftfahrer im Unteroffiziersrang am Rußlandfeldzug teilgenommen hat. Weiter war da ein angeblich früherer Marineoffizier, der sich in der Trunkenheit den Namen M a i e r aus Offenbach a. Main beilegte und, wenn er nüchtern war, sich "Pfannkuchen" mit dem Wohnsitz in Mannheim nannte. Kuhn und Maier alias Pfannkuchen waren gute Gäste in dem Gasthaus "L a m m e r s" in Waldmichelbach, wo Maier alias Pfannkuchen eines Tages, leicht umnebelt und mit gelöster Zunge, erklärte: "Ich bin Nazi und bleibe Nazi, es hat mich noch keiner von etwas anderem Überzeugen können". Düstere Prophezeiungen über einen unmittelbar bevorstehenden Krieg mit Rußland umrahmten dieses Geständnis einer schönen Seele.

Das aus dem Besitz des Kammerjägers Wagner in den Besitz der jetzt aufgedeckten Geheimorganisation übergegangene Anwesen liegt für die ihm zugedachten Zwecke äußerst günstig. Ein schmaler Feldweg führt vorbei an dem Anwesen eines kleinen Landwirts, der - selbst Kommunist - auf Befragen erklärte, er hätte nie irgend etwas besonders Bemerkenswertes festgestellt oder gehört. Von Schießübungen habe er auch keine Kenntnis. Ihm ist offensichtlich auch der Transport der ständig wechselnden Besucher dieses Hauses nicht aufgefallen, obwohl er diese Dinge eigentlich gar nicht übersehen konnte.

Überhaupt schwebt ein merkwürdiges Zwielicht über den Vorgängen in diesem Haus und über dem Verhalten der Waldmichelbacher Lokalbehörden. Der Bürgermeister B a c h m a n n, ein ehemaliger Oberleutnant, der von sich erklärt, er habe immer 'nach rechts' gehört, hat einmal den Versuch unternommen, festzustellen, was sich in diesem "Hause Wagner" tue. Man hat ihm erklärt, das Haus diene Erholungszwecken für die Belegschaft einer Firma Sperrholzfabrik Peters in Offenbach a. Main. Der Bürgermeister stellte zwar fest, daß es eine solche Firma Sperrholzfabrik in Offenbach a. Main nicht gibt, er erfuhr sicherlich auch davon, daß eine Scheinfirma "Sperrholzvertrieb Peters" in Neu-Isenburg ohne Arbeiter existierte, aber er veranlaßte als Chef der Ortspolizei keine Meldung an die zuständigen Stellen bei der Regierung in Darmstadt oder Wiesbaden. Dabei waren die Vorgänge um das Haus auffällig genug. Jeden Sonntagabend fuhr ein Volkswagenbus gefüllt mit jungen Leuten und mit ehemaligen Offizieren an dem Anwesen vor.

Der alte Stollen zum verlassenen Bergwerk

Nach dem Übergang des Anwesens an den neuen Eigentümer, den erwähnten Peters, hatte der bewusste Amerikaner, ein Mr. Sarwood, mit amerikanischem Geld das Haus erweitern lassen. Man hatte eine große Garage gebaut und die Wohnräume vermehrt. Die Erweiterung war notwendig für die Durchführung von Schießübungen, von denen man in diesen Tagen noch deutliche Reste in Gestalt von Munition und leeren Hülsen gefunden hat, sie war auch erforderlich für die Unterbringung der jede Woche wechselnden Belegschaft des Hauses. Die Menschenfracht des Volkswagenbus blieb vom Sonntagabend bis zum darauf folgenden Samstagabend. Dann wiederholte sich das Spiel Woche um Woche. Als sich ein am Platz ansässiger Zeitungsreporter für die Vorgänge interessierte, erhielt er von dem obenerwähnten Kuhn den wohlmeinenden Rat, es sei besser für ihn, wenn er sich um nichts kümmere, es sei auch besser für die Gemeinde. Umfangreiche Lieferungen von Lebensmitteln, darunter vorzugsweise von Geflügel, wurden ohne Nennung von Namen immer nur dem "Haus Wagner" in Rechnung gestellt.

Es war niemandem möglich, in das Haus zu gelangen. Selbst Amtspersonen, wie dem Gemeindediener, gelang es nur, bis an den Zaun vorzustößen. Im Hofraum befand sich ein scharfer Wolfshund, der jeden Näherkommenden lauthals vermeldete. Darauf erschien dann einer der ständigen Insassen, meistens ein gewisser Kuhn, und nahm Briefe oder Mitteilungen entgegen. Die Abfertigung erfolgte jedesmal am Tor. Das Haus ist auf einem alten Bergwerk errichtet, in dem früher Manganerz gefördert wurde. Wenige Meter hinter dem Haus befindet sich ein mit einer schweren Steinplatte verdeckter Schacht. Von hier aus sowie von dem in der Nähe befindlichen alten Stollen kann man vermutlich in das verlassene Bergwerk eindringen. Der ganze Platz ist ausgezeichnet gewählt und zur Abwicklung dunkler Absichten wunderbar geeignet. In den Gängen des Bergwerks hätte man sich notfalls verstecken oder unbequeme Gegner für immer verschwinden lassen können.

Seit Frühjahr 1952 ist die Organisation mehr und mehr von der Bildfläche verschwunden. Zum Schluß traten nur noch der obenerwähnte Kuhn mit seiner Frau in Erscheinung. Merkwürdig bleibt bei allem, daß niemand in Waldmichelbach, wo die Vorgänge um das "Haus Wagner" nicht unbekannt bleiben konnten und daß vor allem der Bürgermeister des Ortes, Herr Bachmann, sich veranlaßt sah, die zuständigen Stellen auf diese Vorgänge aufmerksam zu machen. Eine Überschreibung des Hauses auf irgend einen anderen Namen ist nach Feststellungen in Waldmichelbach bis heute noch nicht erfolgt.

+ + +

---

Verantwortlich: Peter Raunau